

BEHN POL 12

PRESSESCHAU DLF Dienstag, 13. August 2013 12:50 Uhr

Mit Kommentaren zu den Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern, dem spanisch-britischen Streit um Gibraltar und der Einweihung des ersten selbst gebauten Flugzeugträgers in Indien.

Die [NEW YORK TIMES](#) schreibt einen Tag vor der Wiederaufnahme der Nahost-Friedensgespräche:

"Solange Israel weiterhin dort Siedlungen baut, wo irgendwann einmal palästinensisches Gebiet sein könnte, bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung ausgeschlossen. Niemand macht sich mehr Illusionen, dass eine Friedenslösung mit einfachen Mitteln zu erreichen wäre. Beide Seiten müssen den Mut aufbringen, sensible Themen - wie zum Beispiel die israelische Siedlungspolitik - in Angriff zu nehmen. Netanjahu könnte seinen Beitrag leisten, indem er die Ausschreibungen auf Eis legt noch bevor eine Bautätigkeit beginnt", empfiehlt die [NEW YORK TIMES](#).

Die [JORDAN TIMES](#) aus Amman analysiert:

"Die Entscheidung Israels, grünes Licht für den Bau von 1.200 neuen Wohnungen auf palästinensischem Gebiet zu geben, hätte zu keinem schlechteren Zeitpunkt kommen können. Es kommt einer Beleidigung gleich, wie die israelische Regierung ihren provokanten Schritt begründet. Es heißt, dass es aus der Koalition heftigen Widerstand an der Freilassung palästinensischer Gefangener gegeben habe, so dass der Ministerpräsident seine Kritiker mit dem Versprechen beruhigen musste, den Siedlungsbau fortzusetzen. Es ist nur zu gut bekannt, dass es Israels Siedlungspolitik war, die möglichen Friedensverhandlungen während der vergangenen drei Jahre im Weg gestanden hat", erinnert die jordanische Zeitung THE [JORDAN TIMES](#).

Die israelische Zeitung [HAARETZ](#) äußert deutliche Kritik am Regierungschef des Landes:

"Ministerpräsident Netanjahu betrachtet die Verhandlungen offenbar als Chance, die es zu verpassen gilt. Damit führt er das Land in ein Minenfeld, in dem nicht nur das Verhältnis zu den Palästinensern Schaden nehmen wird, sondern auch die Beziehung zu den USA. So könnten sich die Vereinigten Staaten zum Beispiel den Sanktionen anschließen, welche die Europäer gegen Israel ausgesprochen haben, und das Land damit international noch stärker isolieren. Die israelische Regierung muss dieses politische Doppelspiel sofort beenden und den Reflex überwinden, jedesmal, wenn Friedensgespräche näher rücken, mit Siedlungsgewalt zu reagieren",

lautet der Appell von [HAARETZ](#) aus Tel Aviv.

Die französische Zeitung [LE FIGARO](#) dagegen hält einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen durchaus für möglich:

"Die relative politische Stabilität der Regierung von Ministerpräsident Netanjahu und die Gefahr einer zunehmenden Isolierung wären Gründe für Friedensbereitschaft. Es gibt bereits europäische Sanktionen gegen Produkte aus den israelischen Kolonien im Westjordanland. Und die USA sollten noch die Mittel haben, um im Nahen Osten einen politischen Erfolg durchzusetzen. Jetzt kommt es darauf an, die Personen zu finden, die die Hoffnung auf Frieden in die Tat umsetzen", meint [LE FIGARO](#) aus Paris.

Die mazedonische Zeitung UTRINSKI VESNIK beschäftigt sich mit der neu aufgeflammt Krise zwischen Spanien und Großbritannien:

"In der Antike nannte man Gibraltar die Säulen des Herkules, heute sorgt der Felsen an der Pforte vom Mittelmeer zum Atlantik zwischen Großbritannien und Spanien für Probleme von wahrhaft herkulischen Dimensionen. Erst ging es nur um den Bau eines künstlichen Riffs für die Fischerei durch die britischen Behörden, doch inzwischen haben sich zahlreiche Politiker in den Streit eingeschaltet, und gemeinsam mit Argentinien will Spanien den Fall vor die UNO bringen. Die Frage ist natürlich immer, welchen Wert völkerrechtliche Verträge aus der Kolonialzeit überhaupt haben, und das gilt für die Falkland-Inseln wie für Gibraltar", überlegt UTRINSKI VESNIK aus Skopje.

Die spanische Zeitung [EL MUNDO](#) stellt fest:

"Seit dem Ausbruch der Gibraltarkrise erleben wir eine Serie unsinniger Erklärungen. Der Londoner Bürgermeister Johnson hielt Spanien vor, auf die Methoden der Franco-Diktatur zurückzugreifen. Spaniens Außenminister Garcia-Margallo schlug ein Bündnis mit Argentinien vor, als wäre der Gibraltar-Streit mit dem Konflikt um die Falkland-Inseln gleichzusetzen. Man muss sich fragen, ob Großbritannien und Spanien in dieser Krise nicht stark übertreiben. Es entsteht der Eindruck, als wollten London und Madrid nur von ihren internen politischen und wirtschaftlichen Problemen ablenken", konstatiert [EL MUNDO](#) aus Madrid.

Der britische Premier Cameron hat von der spanischen Regierung eine Lockerung der Kontrollen an der Grenze zu Gibraltar verlangt. Die [Londoner TIMES](#) findet das sowohl legal als auch legitim:

"Jede neue Beschränkung des freien Verkehrs von Personen und Gütern zwischen Gibraltar und dem spanischen Festland ist vermutlich illegal. Großbritannien widersetzt sich dem zu Recht. Die Regierung von Ministerpräsident Rajoy hätte eigentlich Wichtigeres zu tun, als ein begrenztes Unterwasser-Experiment - die Schaffung eines künstlichen Riffs mit Betonblöcken - in ein diplomatisches Geschwür zu verwandeln. Seine wichtigste Aufgabe wäre es vielmehr, zu zeigen, dass er Spanien aus der Wirtschaftskrise herausführen kann. Bis dahin sollte er dankbar sein für die 6.000 Arbeitsplätze, die Gibraltar den Spaniern bietet", rät die britische [TIMES](#).